

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 48. 29. Jahrg.

24. Novbr. 1916.

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHER U. VERW. BERUFE.**

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich fünf Freitage. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3973.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

**Redaktion:** Adolf Domnick, Berlin N 24, Eisenstr. 80-88 111  
Verlag: Otto Siller, Berlin N 24.  
Telephon: Amt Norden, 4268. Druck und Expedition: Conrad Müller  
Schindlitz, Augustastraße 8-9. — Redaktionsschluss: Montag

**Insertion.** Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

## Inhalt.

**Hauptteil:** Zivildienstpflicht. Rundschau. Friede im Holzgewerbe. — **Die Tapetenbranche:** Die Musterkarte. — **Feuilleton:** Noch immer gibt es Ehrenmänner . . .

## Zivildienstpflicht.

Noch einmal soll vor dem Weihnachtsfest der Reichstag zu einer wichtigen Tagung zusammengerufen werden. Die Regierung bereitet ein Gesetz vor, daß von weittragender Bedeutung sein dürfte und deshalb ganz besonders die Beachtung der Gewerkschaften herausfordert. Zwar ist etwas genaueres über den Plan selbst noch nicht voröffentlicht worden. Wohl aber sind auf den verschiedensten Wegen, sagen wir teelöffelweise, Einzelheiten des Beabsichtigten durch die Tagespresse gegangen, die uns gestatten, ein ungefähres Bild des Kommenden zu entwerfen. Für pedantische Gemüter hat man auch schon den Namen bekanntgegeben. Freilich werden wir uns herzlich wenig dabei denken können, wenn wir das Wort »Vaterländischer Hilfsdienst« hören. Soviel scheint fest zu stehen, daß es sich in der Hauptsache um eine auf gesetzlicher Grundlage zu schaffende umfassende Organisation der gesamten Kriegsarbeit handelt. Wir müssen da auf einen Vortrag zurückgreifen, den der Chef des neuen Kriegsamtes, Generalleutnant Gröner, den Pressevertretern am 8. November 1916 gehalten hat. Er sprach dort über die Aufgaben und die innere Organisation des Kriegsamtes:

» . . . Darüber hinaus mahne aber die Zukunft, die Beschaffung von Waffen und Munition zu organisieren. Dies sei in allererster Linie eine Frage der Organisierung der Arbeitskräfte. Die Rohstoffe seien bei der Sparsamkeit, um die sich die Rohstoffabteilung große Verdienste erworben habe, vorhanden; aber die Menschen müßten noch mobil gemacht werden. Die Mobilmachung der Arbeitskräfte hänge aber mit dem Heeresdienst in vielfacher Beziehung zusammen. Es könne nicht mehr die Tätigkeit in der Heimat von der Tätigkeit im Felde getrennt werden. Heeres- und Heimatsarbeit müssen zusammengeschweißt werden. . . .«

Am 12. November erschien dann ein Artikel des Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt Dr. Freund, der darin die Forderung aufstellte, es müsse neben der militärischen Dienstpflicht die Zivildienstpflicht geschaffen werden, durch die alle Volksgenossen im Alter von 16 bis 65 Jahren ohne Unterschied des Geschlechts zur Arbeit herangezogen werden müßten, eventuell durch gesetzlichen Zwang. Am selben Tage verbreitete das Wolffsche Telegraphenbüro einen »Aufruf an die Frauen«, der wohl den Auftakt zu dem gesetzlichen Vorgehen bilden soll. Darin heißt es:

» Es ist vaterländische Pflicht jeder deutschen Frau, ob verheiratet oder nicht, sich ernstlich die Frage vorzulegen, ob sie nicht auch ihre Kräfte im allgemeinen Interesse nutzbar machen kann, sofern das ihre häuslichen und gesundheitlichen Verhältnisse irgendwie zulassen. Besonders fehlt es an jüngeren kräftigen Frauen für die Kriegsindustrie, und gerade hier ist manchmal die bedauerliche Beobachtung

gemacht, daß namentlich jüngere kriegsgetraute Frauen, die bislang für die Kriegsindustrie arbeiteten, es als »Kriegerfrauen« nicht mehr nötig zu haben glauben, weiter zu arbeiten! . . . Auch der alte törichte Kastengeist spielt oft mit. Manche Frau hält es unter ihrer Würde, »in die Fabrik zu gehen«, obwohl Arbeiter und Arbeiterinnen in der Fabrik oft genau so wichtig für unsern Sieg sind, wie der Soldat draußen im Felde. . . .«

Ein Tag darauf ging schon durch die gesamte Tagespresse die Ankündigung, daß eine gesetzliche Reform über eine Neuorientierung der gesamten Kriegsarbeit in Vorbereitung sei.

Soweit es sich aus dem bisherigen ersehen läßt, scheint ein Zwang zur Heranziehung der Frauen nicht beabsichtigt zu sein. Vielmehr hofft man wohl hier genügend Arbeitskräfte durch freiwillige zu bekommen. Wohl aber soll der männlichen Bevölkerung die Arbeit im Interesse der Gesamtheit zur Pflicht gemacht werden. Wir hätten damit neben der allgemeinen Wehrpflicht auch eine allgemeine Arbeitspflicht.

Ganz zweifellos wird eine solche Pflicht von tiefeinschneidender Wirkung sein. Sie setzt unausgesprochen voraus, daß innerhalb des Volkes, auch jetzt noch in der Kriegszeit, viele ein Leben ohne gesellschaftlich nützliche und notwendige Arbeit führen. Eine Zählung aus dem Jahre 1907 stellte z. B. fest, daß im Deutschen Reich nicht weniger als 2500000 Personen, ohne die verheirateten Frauen und Witwen, im erwerbsfähigen Alter, nicht notwendig hatten zu arbeiten. Nehmen wir selbst an, daß ein großer Teil davon Frauen sind, auf die nach den halbamtlichen Erklärungen, der Zwang nicht zutreffen soll, so mögen immerhin nicht unbedeutende Scharen für die Allgemeinheit als Arbeitskräfte gewonnen werden. Nur nicht aus der Arbeiterklasse. Für sie besteht der Zwang zur Arbeit schon längst durch ihre jämmerliche Lage. Kein gerecht Denkender wird also gegen die Einführung des Arbeitszwanges für alle etwas einzuwenden haben. Die Arbeiterschaft hat sich seit langem die Forderung der Arbeitspflicht zu eigen gemacht. Freilich wollten wir nicht an der Oberfläche haften bleiben. Uns kam es darauf an, mit den Ursachen des Müßigganges diesen selbst zu beseitigen. Mit Recht sagt Luise Zietz darüber: »Gewiß wünschen und erstreben wir eine Nutzbarmachung aller Arbeitskräfte für die Gesamtheit; jedoch nicht durch gesetzlichen Zwang sondern durch die Umwandlung der Eigentumsordnung. Besteht erst das Gemeineigentum an Produktionsmitteln, werden alle gesunden Menschen schaffen müssen, weil niemand mehr von der Ausnutzung fremder Arbeitskraft leben kann. — — —«

Die Umwandlung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, das wäre die richtigste Lösung. Aber von einer solchen Lösung sind wir noch himmelweit entfernt. Es ist wieder, wie schon so oft in der Kriegszeit, ein Stückchen unserer sozialistischen Forderungen aus dem Zusammenhange gerissen und auf die bestehende kapitalistische Wirtschaftsordnung aufgepfropft.

Eine Halbheit, die uns zur äußersten Vor- sicht mahnen muß.

Betrachten wir uns einmal genauer die Lage des Arbeitsmarktes. Es kamen im Monat September dieses Jahres auf 100 offene Stellen bei den Frauen 134 Arbeitsangebote. Das ist doch kein Mangel an weiblichen Arbeitskräften? Tatsächlich ist fast in der ganzen Kriegszeit ein Überangebot von weiblichen Arbeitskräften zu verzeichnen gewesen. Hier ist also ein Zwang überflüssig und wohl auch nicht beabsichtigt. Anders bei den männlichen Personen. Auf 100 offene Stellen kamen hier 68 Arbeitsgesuche, also ein sehr erheblicher Mangel. Nun wissen wir aber aus der gewerkschaftlichen Arbeit selbst, und die öffentlichen Arbeitsnachweise geben dafür die Bestätigung, daß im wesentlichen, ganz besonders in der Kriegsindustrie, es vor allen an gelernten Arbeitern fehlt. Nur eine sachverständige, weitgehendste Heranziehung von Garnisondienstfähigen könnte darin eine Wandlung schaffen. So erscheint gerade aus der Betrachtung der Lage des Arbeitsmarktes das ganze Vorhaben als kaum notwendig und wenig zweckentsprechend. Man wird abwarten müssen wie die gesetzlichen Vorschläge tatsächlich lauten und welche Begründung ihnen beigegeben wird.

Für die Gewerkschaften liegt aber gerade deshalb Grund zur Vorsicht vor, weil die Möglichkeit besteht, daß bereits tätige Arbeiter aus einer privaten Industrie zur Kriegsindustrie herangezogen werden könnten. Da muß es unsere Hauptaufgabe sein zu verhindern, daß Arbeitskräfte aus gut bezahlten Stellungen in schlecht oder minder gut bezahlte zwangsweise überführt werden. Oder daß sie gar gezwungen werden könnten in Orten Arbeit anzunehmen, wo der ortsübliche Arbeitslohn nur gering ist. Auf alle Fälle muß jede Möglichkeit des Lohndrucks verhütet werden. Auch Dr. Freund gab in dem oben erwähnten Artikel seine Meinung dahin ab: »Das jede Arbeitsleistung mit den üblichen Gehalts- und Lohnsätzen vergütet werden muß, erscheint selbstverständlich. . . .« Wir entnehmen auch dem ebenfalls schon erwähnten Vortrag des Generalleutnant Gröner: »Es bestehe auch die Absicht, einen Arbeitnehmer als Mitarbeiter auf allen Gebieten der Arbeiterfragen, insbesondere der allgemeinen Arbeiterfragen, in dieses Kriegsamte hineinzunehmen, sodaß auch die Interessen der Arbeitnehmer im vollsten Maße zum Ausdruck gebracht werden könnten. Doch wir stehen im Kriege und da dürfte es nicht mehr heißen: hie Militär, hie Zivil, hie Arbeiter und hie Unternehmer.« Damit besteht die Hoffnung, daß bei der Regelung dieser wichtigen Angelegenheit die Arbeiter nicht ausgeschaltet werden sollen. Ungemein viel steht auf dem Spiel. Der ganze Einfluß der Arbeiterorganisationen ist notwendig um bei dieser Umwandlung die Interessen der Arbeiterschaft nicht aus dem Auge zu verlieren.

## Rundschau.

**Teuerungszulagen.** In Berlin sind wieder folgende Teuerungszulagen zu verzeichnen: Die Firma *W. Hagemberg, A.-G.* hat vom 4. November ab wiederum ihren sämtlichen Steindruckern eine Lohnzulage bewilligt und zwar je 1,50 pro Woche. — Die Firma *A. Sala*, bewilligte ihren 4 beschäftigten Lithographen eine Teuerungszulage von je 2 Mk. wöchentlich. — In Düsseldorf gewährte die Firma *A. Bagel* ihrem gesamten Personal eine zweite Teuerungszulage; es erhalten jetzt die Verheirateten 14 Mk. und die Ledigen 10,50 Mk. monatlich. In Betracht kommen 9 Kollegen. — In Frankfurt a. Main bewilligte die Firma *B. Donndorf* sämtlichen Lithographen und Steindruckern eine Zulage von 3 Mk. wöchentlich. Außerdem wurden die Prämienbezüge von 10 auf 25 Proz. erhöht. — In Hamburg hat die Firma *Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H.* die Teuerungszulage erhöht und zwar für 5 Kollegen von 10 Mk. auf 17,50 Mk. und für einen Kollegen von 6 Mk. auf 10,50 Mk. pro Monat. Die Zulagen für Kinder von 2 Mk. für jedes Kind unter 15 Jahren, bleiben bestehen. — In Mainz erhalten jetzt alle Kollegen 15 Mk. monatliche Teuerungszulage. — In Stolberg i. Rhld. hat die Metallwarenfabrik Firma *William Prym* ihrem ganzen Arbeitspersonal (worauf auch unsere beschäftigten Kollegen beteiligt sind) auf ihren Lohn vom 1. Oktober ab eine zehnprozentige Kriegszulage gewährt.

**Der Inhaber der Kartographischen Firma »Wilhelm Greve« in Berlin, Kommerzienrat Max Pasch, hat eine Pasch-Grevesche Kriegsunterstützungsgesellschaft begründet.** Die Gesellschaft hat ihre Tätigkeit mit dem 1. September 1916 aufgenommen. Ihre Aufgabe soll sein, die Unterstützung hilfsbedürftiger Kriegsteilnehmerfamilien und von Kindern, die von einem Kriegsteilnehmer abstammen. Wie wir dem Berliner Tageblatt entnehmen, stiftete Pasch zunächst eine Million Mark, er beabsichtigt aber sein Geschäft und sein Vermögen allmählich, und nach seinem Tode ganz in den Dienst der Stiftung zu stellen. Gleichzeitig hat Kommerzienrat Pasch ein bis zum Jahre 2016 unantastbares Kapital von 40000 Mk. gestiftet, das nach 100 Jahren durch Zinsansammlung auf zwei Millionen Mark angewachsen sein wird und am Hundertjahrestage der den gegenwärtigen Weltkrieg abschließenden Friedensfeier aufgelöst und zur besseren Ausstattung der Stiftungsanstalt verwendet werden soll. Die dritte Stiftung des Kommerzienrats Pasch ist ein »Wetkriessgedächtnisstock auf das Jahr 2116« im Betrage von 20000 Mk., die in 200 Jahren auf fünfzig Millionen Mark angewachsen werden und am Tage der zweihundertsten Wiederkehr der Friedensfeier aufgelöst werden sollen. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht aus den Herren: Finanzminister Dr. Lentze, Landesdirektor v. Winterfeldt und Kommerzienrat Pasch. Die Leitung der Geschäfte haben der Direktor beim Abgeordnetenhaus, Geheimrat Plate, und der Bureaudirektor des Finanzministeriums, Geheimrat Freudenberg, übernommen.

**Nicht in die Karten sehen!** Gegen diesen wichtigen Grundsatz wird leider in der Gewerkschaftsbewegung noch recht viel verstoßen. Die Unternehmerorganisationen hüten sich im allgemeinen sehr, der Arbeiterschaft Einblick in ihre Kassenverhältnisse zu geben. Umso gewissenhafter und gründlicher zeigen wir ihnen wie es damit bei den Gewerkschaften aussieht. In dem Jahresbericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands von 1915 wird zum ersten Male dieser Kassenbericht fortgelassen, weil der Verband der Metallarbeiter darüber nicht berichtet hat. Der Verbandsvorstand will für die Zukunft von der Veröffentlichung des Vermögensbestandes absehen. Er begründet dies in dem Jahresbericht für 1915 wie folgt: »Von der Darstellung des Vermögensbestandes der Organisation soll nach einer zwischen dem Vorstand und dem Ausschuß getroffenen Vereinbarung zukünftig Abstand genommen werden. Verschiedentlich hat der Vorstand bei großen Lohnkämpfen die Beobachtung machen müssen, daß der genaue Einblick der Unternehmer in die Vermögensbestände den Widerstand der Unternehmerorganisation stärkte. Man rechnete aus, daß bei Aussperrungen der Deutsche Metallarbeiterverband durch die Unterstützung so und so viel tausender Mitglieder es nur noch wenige Wochen aushalten könne und dann zum Nachgeben gezwungen sei. Wenn hierbei auch die Leistungsfähigkeit des Verbandes von den Unternehmern unterschätzt und namentlich übersehen wurde, daß jeweils nur

ein Bruchteil der Verbandsmitglieder ausgesperrt werden konnten und die Beitragsleistung der nicht durch die Aussperrung zu erfassenden Mitglieder weiterließ, so ist doch nicht zu verkennen, daß die Veröffentlichung des Vermögensbestandes Nachteile taktischer Natur für den Verband in sich schließt. Es liegt daher im Interesse des Verbandes und seiner Mitglieder, den Unternehmerverbänden die Einsichtnahme in die Vermögensbestände zu verwehren. Dazu liegt um so mehr Grund vor, als ja der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller von der Schaffung von Schlichtungsinstanzen nichts wissen will und daher nach Beendigung des Krieges wieder mit größeren Wirtschaftskämpfen zu rechnen ist.« Dazu bemerkt das »Correspondenzblatt«: Dieselben Voraussetzungen treffen auch für die anderen Verbände zu, so daß wahrscheinlich damit zu rechnen ist, daß die Angabe des Vermögensbestandes der Gewerkschaften nicht mehr erfolgen wird.

## Friede im Holzgewerbe.

Nachdem die Holzarbeiter beschlossen hatten, den Tarifvertrag zu kündigen, kam es zwischen den beiderseitigen Organisationsinstanzen zu Verhandlungen am 3. und 4. November d. J. Sie verliefen leider durch die wenig nachgiebige Haltung der Unternehmer ergebnislos. Es drohte zu ersten Konflikten zu kommen. Da griff das Reichsamt des Innern ein. Die zentralen Verhandlungen für das Holzgewerbe, die am Dienstag, den 7. ds. Mts. im Reichsamt des Innern begonnen wurden, sind am Freitag Abend zum Abschluß gebracht worden. Sie haben ein für die Arbeiter annehmbares Ergebnis gezeitigt. Die Arbeiter verlangten bekanntlich eine Erhöhung der Vertragslöhne und Teuerungszulagen. Gefordert wurde eine Teuerungszulage von 33 1/3 Proz. bzw. eine Lohnerhöhung von 20 Pfg. die Stunde. Die Unternehmer waren bereit, eine viel niedrigere bemessene Teuerungszulage zu gewähren; sie lehnten aber jede Erhöhung der Vertragslöhne entschieden ab. Auf diese Forderung legte aber der Deutsche Holzarbeiterverband besonderen Wert, im Hinblick auf die künftige Ausgestaltung der Verträge. Der Vertragslohn hat vielfach die praktische Bedeutung verloren, er kann aber, wenn er erhalten bleibt, vom Unternehmer bei passender Gelegenheit, insbesondere beim Arbeiterwechsel, als Anlaß zu Lohnkürzungen genommen werden. Um dem vorzubeugen und um gleichzeitig praktische Vorarbeit für die künftige Vertragsrenewierung zu leisten, war der Deutsche Holzarbeiterverband bemüht, jetzt schon, anläßlich der Verlängerung der Vertragsdauer auf ein Jahr, eine Steigerung und zugleich eine Vereinheitlichung der Tariflöhne herbeizuführen. Inwieweit ihm das gelungen ist, zeigen die getroffenen Vereinbarungen. Diese bestimmen, daß die vor dem Kriege vereinbarten Tariflöhne erhöht und zu ihnen eine Teuerungszulage gewährt wird. Die bewilligte Teuerungszulage wird auf die zur Zeit gezahlten Löhne gezahlt, und zwar werden die Löhne ab 15. November um 15 Pfg. die Stunde erhöht, der Rest der Zulage wird ab 15. Februar 1917 gewährt. Für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren beträgt die Teuerungszulage 10 Pfg. die Stunde. Auf diese Zulagen können die seither auf Grund örtlicher Vereinbarungen der Organisationen gewährten Teuerungszulagen, bei männlichen Arbeitern bis zu 10 Pfg., bei weiblichen und jugendlichen Arbeitern bis 5 Pfg. angerechnet werden. In gleicher Weise wie die Stundenlöhne werden auch die Akkordsätze und die Montagegelder erhöht.

Diese unter der Leitung des Ministerialdirektors Dr. Caspar zustande gekommenen Vereinbarungen bedeuten einen wesentlichen Fortschritt im Ausbau des Tarifvertragswesens in der Holzindustrie. Aber auch materiell bringen sie den Arbeitern in vielen Orten eine wesentliche Erhöhung der Löhne. Die Verträge sind um ein Jahr verlängert und gelten nun bis zum 15. Februar 1918.

## Die Tapetenbranche.

### Die Musterkarte.

Der Beschluß der Tapetenhändler, für die Kriegszeit keine Musterkarten herauszugeben, hatte die Formstecher hart getroffen. Ein großer Teil von ihnen versuchte, soweit er nicht zum Militär eingezogen wurde, in irgend einem anderen Gewerbe unterzukommen. Manche von ihnen werden kaum das Bedürfnis fühlen zum alten Beruf zurück-

zukehren, da sie lohnendere Arbeit gefunden haben. Schon jetzt hält es schwer, die langsam sich mehrende Nachfrage nach Gehilfen zu befriedigen. Aber auch in Unternehmerkreisen sieht man allmählich ein, wie unüberlegt ihr damaliger Beschluß gewesen ist. In der Tapeten-Zeltung kommt Franz Schotte nach reiflicher Überlegung zu der Ansicht, daß man bei jenem Beschluß damals keineswegs mit einer so langen Dauer des Krieges gerechnet habe. Die Kundschaft aber wolle von den alten ihnen längst bekannten Mustern nichts mehr wissen. Wer Geschäfte machen will, müsse sich schon dazu bequemen etwas neues zu bringen. Darum schlägt er vor, eine Ergänzungskarte anzufertigen, die vielleicht nur 75 bis 90 Blatt enthalten möge, um so den berechtigten Wünschen der Abnehmer entgegen zu kommen und im Gewerbe keinen Stillstand aufkommen zu lassen.

In der Zeitung »Die Tapete« finden wir über dasselbe Thema eine interessante Darstellung. Max Sallmann bespricht unter dem Titel: »Friedensleistungen während des Krieges«, die neue Musterkarte, die die Tapetenfabrik Coswig, G. m. b. H., Coswig bei Dresden, heraus gegeben habe. Nun schildert er eingehend die vorzüglichen Darbietungen, die in diesen neuen Schöpfungen vorliegen, und folgert daraus: In Coswig habe man nicht geruht, denn auch während des Krieges sei der große Betrieb voll aufrecht erhalten und fortschrittlich gearbeitet worden: »Es ist tatsächlich interessant, die Aufstellung der Musterkarten, die von der großen Leistungsfähigkeit und Vielseitigkeit der Coswiger Fabrik Zeugnis ablegen, einem Studium zu unterziehen... in jeder Preislage, für jeden Zweck und für höchste Anforderungen bietet Coswig gut durchgearbeitete Spezialkarten, mit denen der Händler bei seiner Kundschaft Ehre einlegen und auf sicheren Erfolg rechnen kann. Es verlohnt sich tatsächlich auf einige Kartenzusammenstellungen kurz einzugehen...« Nachdem er dann noch die in Berlin gegründete Verkaufszentrale, die mit einer ständigen Ausstellung verbunden ist erwähnt, schließt er seine Ausführungen folgendermaßen: »Daß eine solche Leistungsfähigkeit aber eine Fabrik, die sich außerhalb der Konvention befindet, entwickelt, ist noch besonders bemerkenswert. Der freie Handel hat freie, tüchtigen leistende Fabriken hinter sich, die den Konkurrenzkampf leicht machen und sichere Gewinne erwarten lassen, und unter diesen unabhängigen Fabriken marschiert das Coswiger Werk an erster Stelle.«

## Feuilleton.

### Noch immer gibt es Ehrenmänner . . .

Noch immer gibt es Ehrenmänner  
(Man kennt die Rosen am Geruch),  
Die sagen einfach: »Bruch ist Bruch!  
Wir sind die Zahler, ihr die Nenner.«

Die Welt besteht aus Soll und Haben,  
Dort ist die Klinge, hier das Heft.  
Wer fern vom Schuß bleibt, macht's Geschick,  
Der andre stirbt im Schützengraben.

Der Tod hält draußen seine Ernte,  
Wir machen trinken sie zu Geld.  
Das wäre die verkehrte Welt,  
Wenn kein Lebend'ger von ihm lernte!

Aus jedem Unglück saugt der Weise  
Wie eine Biene Honigseim.  
Engländer halt! Für die dahelm  
Besorgen wir die hohen Preise.

Um eure Schiffe wär's ja Schade!  
Beruhigt euch! Es geht auch so.  
Ganz ohne jedes Risiko  
Wirkt unsre innere Blokade.

Noch immer gibt es Ehrenmänner . . .  
Und Strick und Galgen gibt es auch.  
Warum sie noch nicht im Gebrauch,  
Fragt tief betrübt der Menschenkenner.

Edgar Steiger in der »Münchener Post«.

## Stellenangebote

### Reproduktions-Photograph

für Farb- und Schwarz aufnahmen auch im Kopieren bewandert zum baldigen Antritt in angenehme gutbezahlte Stellung gesucht. Kunstanstalt Gebrüder Dietrich, Leipzig, Josephinenstr. 9.

## Tüchtige Farb- sowie Schwarzätzer

in dauernde, gutbezahlte Stellung sucht

Julius Klinkhardt, Leipzig, Liebigstraße 6.

## Verschiedenes

### Roulett, Fadenstichel

Fräser u. s. w. in bester Ausführung

Carl Neumann, vormals G. Könlig, Berlin SO, Manteuffelstr. 91.

## Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-  
druck, Photomechanische Verfahren,  
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung  
Prospekt frei, Kunstgewerbeschule

Barmen

## Alois Senfelder und die Erfindung der Lithographie.

Festschrift von Fritz Hansen.  
Verlag: Conr. Müller, Schkeuditz.  
Preis 55 Pfg. (portofrei).  
Bei 10 Stück ein Freixemplar.

## Chiffre-Inserate

finden keine Aufnahme.